



Reint E. Gropp, Gerhard Heimpold

Kommentar:

25 Jahre Aufbau Ost – weiterer Konvergenzfortschritt braucht
gesamtdeutsches Produktivitätswachstum (S. 82)

Oliver Holtemöller, Felix Pohle

Aktuelle Trends: Mindestlohnbetreffenheit – Besonders starker Rückgang
geringfügiger Beschäftigung in den Neuen Bundesländern (S. 83)

Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze

Die Analyse kausaler Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen – Das
Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung am IWH (IWH-CEP) (S. 84)

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil –
Wachstumspotenziale heben (S. 88)

Bernhard Christoph, Nancy Kracke, Ute Leber und Birgit Schultz

Passungsprobleme am Arbeitsmarkt: Zwischen Fachkräftemangel und
unterwertiger Beschäftigung – Bericht vom 12. IWH/IAB-Workshop zur
Arbeitsmarktpolitik (S. 89)

Annika Bacher, Lena Tonzer

1st IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial Stability (S.90)

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2015:
Geschäftsklima unverändert gut (S. 91)

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2015:
Stimmung hat sich aufgehellt (S. 94)



25 Jahre Aufbau Ost – weiterer Konvergenzfortschritt braucht gesamtdeutsches Produktivitätswachstum

Wie kann es weitergehen mit der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland? Wird

Ostdeutschland auf dem derzeitigen Entwicklungsniveau verharren? Die Entwicklungsperspektiven der Neuen Länder sind nicht losgelöst von der künftigen gesamtdeutschen Wachstumsdynamik. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern in Deutschland insgesamt besteht die Herausforderung darin, die Produktivität zu steigern, und zwar stärker als bislang. Denn Deutschland und Europa fallen seit geraumer Zeit in puncto Produktivität hinter die USA als einem der zentralen Wettbewerber zurück. Soll diese Lücke nicht weiter zunehmen, sind mehr Wachstumsdynamik und größere Innovationsanstrengungen vonnöten. Hier ist in Europa Luft nach oben. Internationale Wachstumsstudien zeigen: In den USA gibt es viel mehr schnell wachsende Unternehmen, allerdings auch mehr stark schrumpfende Unternehmen als in Europa. In Europa gibt es dagegen im Vergleich zu den USA mehr Firmen, die weder wachsen noch schrumpfen, also stagnieren. Woran liegt das? Die Forschung zeigt, dass sowohl das Entstehen neuer als auch das Ausscheiden unrentabler Firmen aus dem Markt entscheidend für Produktivitätswachstum und damit für das Pro-Kopf-Einkommen sind. Mithin müssen die Finanzmärkte für eine effiziente Ressourcenallokation sorgen, damit effiziente Firmen ihre Projekte finanzieren können und ineffiziente Firmen aus dem Markt ausscheiden. Dabei geht es weniger um die Unterscheidung zwischen „bankbasierten Finanzsystemen“ wie in Europa und „marktbasierten Systemen“ wie in den USA. Vielmehr fehlen in Europa Finanzinstitutionen, die Eigenkapital bereitstellen. Speziell für junge Firmen ist Eigenkapital das wichtigste Instrument,

weil dadurch nicht nur Finanzierung in Form von Risikokapital, sondern auch Expertise für die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer bereitgestellt wird.

Was hat das alles mit den Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft zu tun? Sehr viel. Die großzügige Förderung durch Zuschüsse für Investitionen und Innovationen mag kurz nach der deutschen Vereinigung noch sinnvoll gewesen sein, ist aber heute nicht mehr zielführend und wird in den bisherigen Größenordnungen zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass sich auch die Unternehmen in den Neuen Ländern bei ihren Zukunftsprojekten eines gut funktionierenden Finanzsystems bedienen können, das verstärkt Eigenkapital und nicht nur Fremdkapital zur Verfügung stellen kann. Das ist notwendig, damit aus mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland durch internes und externes Wachstum die künftigen „Headquarter“ werden, an denen es bislang weithin mangelt. Freilich wird das nicht über Nacht passieren. Eine wichtige Brückenfunktion zum Mittelstand wird in Ostdeutschland weiterhin den Universitäten und außeruniversitären, öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen zukommen. Sie sind die „Brainpools“, die Knoten in Innovationsnetzwerken und Türöffner zum weltweiten technologischen Wissen. Nur finanziell gut ausgestattete Wissenschaftseinrichtungen können mit exzellenter Forschung das Wachstum treiben. Wissenschaft als Wachstumsmotor lebt von Austausch. Sollen Spitzen- und begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem Ausland angezogen werden, bedarf es attraktiver Arbeits- und Lebensbedingungen speziell in den großen Städten Ostdeutschlands. Dies werden die Ankerpunkte für hochqualifizierte junge Menschen sein, die in Ostdeutschland dringend gebraucht werden.

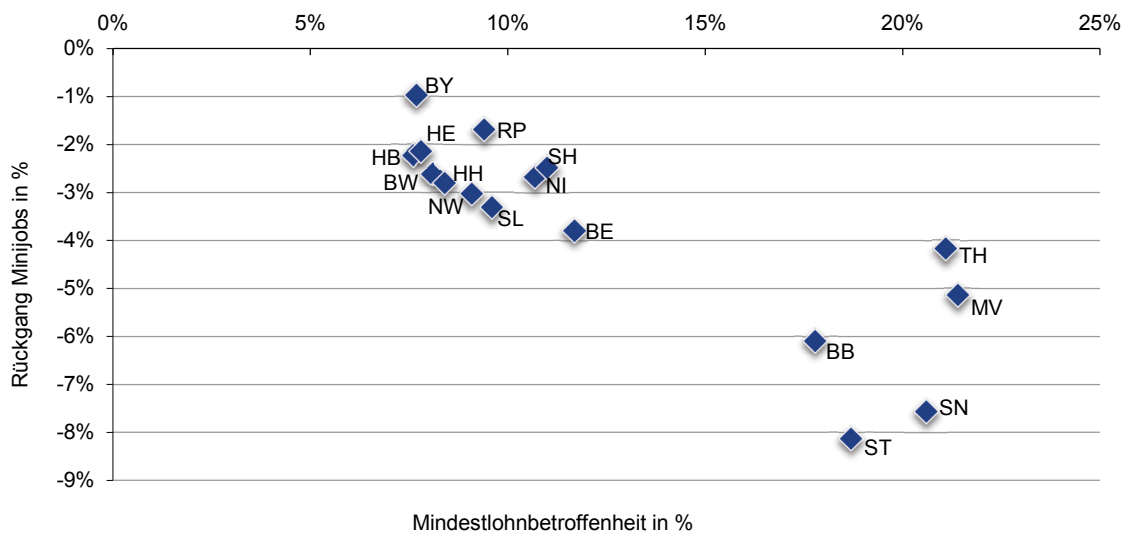
Reint E. Gropp (Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle)

Gerhard Heimpold (Stellvertretender Leiter – Abteilung Strukturwandel und Produktivität)

Aktuelle Trends

Mindestlohnbetreffenheit – Besonders starker Rückgang geringfügiger Beschäftigung in den Neuen Bundesländern

Entwicklung Minijobs von Juni 2014 bis Juni 2015 und Mindestlohnbetreffenheit, nach Bundesländern



IWH

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Minijob-Zentrale: Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung – II. Quartal 2015; Knabe, A.; Schöb, R.: Regionale und qualifikationspezifische Auswirkungen des Mindestlohns. Folgenabschätzung und Korrekturbedarf, Berlin 2014; Darstellung des IWH.

Viele Ökonomen haben prognostiziert, dass die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) als Folge des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns deutlich zurückgehen wird. Tatsächlich hat sich die Anzahl der gewerblichen Minijobs im Juni 2015 um ca. 190 000 Beschäftigungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr reduziert; dies entspricht einem Rückgang um 2,7%. Die Abbildung zeigt die Mindestlohnbetreffenheit nach Bundesländern und die prozentuale Veränderung der Anzahl der Minijobs gegenüber dem Vorjahr. Unter Mindestlohnbetreffenheit sind Arbeitsverhältnisse zu verstehen, bei denen die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns am 1. Januar 2015 direkte Lohneffekte zur Folge hatte. Es handelt sich also um Beschäftigungsverhältnisse, in denen Arbeitnehmer vor dem 1. Januar 2015 einen Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro erzielten.^a Auffällig ist, dass Bundesländer mit einer hohen Mindestlohnbetreffenheit einen stärkeren Rückgang an Minijobs zu verzeichnen haben als solche mit vergleichsweise niedriger Betroffenheit. Die Abbildung legt daher nahe, dass zwischen beiden Größen ein Zusammenhang existiert. Empirische Studien, die kausale Effekte des Mindestlohns auf die geringfügige Beschäftigung wissenschaftlich belegen, sind gegenwärtig noch nicht verfügbar.

Demgegenüber verzeichnet die Bundesagentur für Arbeit einen Rückgang der Arbeitslosenquote im Juni 2015 um 0,3% auf 6,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat.^b Inwiefern sich dieser Rückgang durch einen Übergang von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erklären lässt, ist noch nicht ausführlich untersucht worden.

Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

Felix Pohle (Felix.Pohle@iwh-halle.de)

^a Der hier dargestellte Anteil der Mindestlohnbetreffenheit umfasst alle Beschäftigungsverhältnisse, bezieht sich also nicht ausschließlich auf Minijobs.– ^b Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Juni 2015.

Die Analyse kausaler Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen – Das Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung am IWH (IWH-CEP)*

Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze

In Deutschland besteht ein enormer Bedarf an evidenzbasierter Politikberatung. Viele wirtschaftspolitische Interventionen werden bislang nicht umfassend evaluiert, und falls doch, wenden die wenigsten Untersuchungen geeignete Verfahren der Kausalanalyse an, um einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Intervention und dem Erreichen von wirtschaftspolitischen Zielen zu identifizieren. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat für diese Aufgabe das Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP) eingerichtet. Eine Pilotstudie zu den Wirkungen der betrieblichen Investitionsförderung ist bereits angelaufen.

Ansprechpartner: Mirko Titze (Mirko.Titze@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: A11, D61, H20

Schlagwörter: kausale Wirkungsanalysen, experimentelle Wirtschaftsforschung, Innovations- und Investitionspolitik

Zur Notwendigkeit evidenzbasierter Evaluierungen

Bislang beinhalten die meisten „Evaluationen“ wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine reine Vollzugskontrolle. Dabei wird lediglich geprüft, ob die Maßnahmen nach den vorgegebenen Regeln durchgeführt worden sind. Die Herstellung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen einer wirtschaftspolitischen Maßnahme und dem gewünschten Ziel können bloße Vollzugskontrollen allerdings nicht leisten. Es ist daher wichtig und richtig, dass die deutschen Ökonomen und Ökonomen der Überprüfung der Effektivität und Effizienz von (wirtschafts-)politischen Interventionen jüngst eine verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet haben.¹

* Dieser Beitrag basiert auf Titze, M.; Brachert, M.; Giebler, A.; Ehrenfeld, W.: IWH-FuE-Mikrodatenbank. Teil 1: Daten, Datenherkunft und Datenqualität. Erscheint in Kürze in der Reihe IWH Technical Reports.

¹ Beispielsweise Kugler, F.; Schwerdt, G.; Wößmann, L.: Ökonometrische Methoden zur Evaluierung kausaler Effekte der Wirtschaftspolitik, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (2), 2014, 105-132. – Schmidt, C. M.: Wirkungstreffer erzielen — Die Rolle der evidenzbasierten Politikberatung in einer aufgeklärten Gesellschaft, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (3), 2014, 219-233. – Boockmann, B.; Buch, C. M.; Schnitzer, M.: Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik in Deutschland: Defizite und Potentiale, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (4), 2014, 307-323.

Wirtschaftsprozesse folgen komplexen Abläufen, die sich selten präzise vorhersagen lassen. Die Implementierung von wirtschaftspolitischen Eingriffen kann daher nur nach dem Trial-and-Error-Verfahren funktionieren. In Deutschland finden sich sowohl im Grundgesetz als auch im Haushaltsrecht Formulierungen,² mit denen die Politik angehalten wird, kontinuierlich und möglichst realitätsnah zu überprüfen, ob ein „Error“ vorliegt.³ Wissenschaftliche Methoden können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wirkungsanalysen sollen eine Verbindung zwischen den staatlichen Interventionen und vorgegebenen Zielen herstellen. Die Grundidee moderner empirischer Verfahren der Wirkungsanalyse ist die Schaffung einer „kontrafaktischen Situation“: Es wird dabei die Frage gestellt: Was wäre geschehen, wenn es die staatliche Intervention nicht gegeben hätte? Der Unterschied zwischen tatsächlicher und kontrafaktischer Situation ist der Effekt der staatlichen Intervention. Um die kontrafaktische Situation herzustellen, werden geeignete Untersuchungsdesigns (z. B. natürliche Experimente) oder ökonometrisch-statistische Verfahren angewendet.

² Zum Beispiel Art. 114 (2) Grundgesetz, § 6 (2) Haushaltsgrundsatzgesetz, § 7 (2) Bundeshaushaltsordnung.

³ Alm, B.: *Erfolgskontrolle der Regionalen Wirtschaftsförderung. Möglichkeiten und Grenzen der ökonometrischen Wirkungsforschung*. Duncker & Humblot: Berlin 2013.

Das IWH-CEP – Plattform für die Wirkungsanalyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde im Jahr 2014 das Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP) gegründet. Es handelt sich hierbei um eine Plattform, die Aktivitäten in Forschung, Lehre und Politikberatung mit dem Ziel bündelt, bessere Grundlagen für eine kausale Analyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Deutschland zu schaffen. Das IWH-CEP ist als Serviceeinheit konzipiert und unterstützt die Forschungsgruppen des IWH, indem es den Zugang zu einem überregionalen Forschungs- und Politikberatungsnetzwerk sowie zu Datensätzen für Kausalanalysen bereitstellt.⁴

Das IWH-CEP liegt an der Schnittstelle zwischen drei Aufgabenbereichen und nimmt Koordinierungsfunktionen zwischen diesen wahr (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:

Aufgabenbereiche am IWH-CEP



IWH

Quelle: Darstellung des IWH.

Die wohl größte Herausforderung besteht aktuell darin, eine solide Datenbasis aufzubauen, ohne die eine glaubwürdige Wirkungsanalyse nicht möglich ist. Hier konzentrieren sich die Arbeiten am IWH-CEP darauf, administrative Daten zur Förderung von Unternehmen zu erschließen, aufzubereiten und in Datenbanken zu archivieren und zu pflegen.

Die betriebliche Förderpolitik in Deutschland ist sehr fragmentiert, was u. a. auf die Verteilung der Kompetenzen in einem föderalen Bundesstaat zurückgeht. Bislang gibt es für Deutschland keine

⁴ Weitere Informationen sind verfügbar unter dem folgenden Link: www.iwh-halle.de/d/forschung/cep/start.asp.

Übersicht (geschweige denn eine Datenbank), die betriebliche Förderpolitiken insgesamt systematisiert.

Für die Zuweisung der Fördermittel an die begünstigten Unternehmen stehen grundsätzlich drei Förderarten zur Verfügung: Zulagen, Zuschüsse und Darlehen. Innerhalb der einzelnen Förderarten und Fördergegenstände besteht eine große Vielfalt. Zuschüsse im Rahmen der Innovationsförderung beispielsweise können über Programme der EU, des Bundes und der Länder beantragt werden. Oft werden von verschiedenen Ressorts ähnliche Programme angeboten.⁵ Die Länder kofinanzieren ihre Programme oft noch aus Mitteln der EU-Strukturfonds.

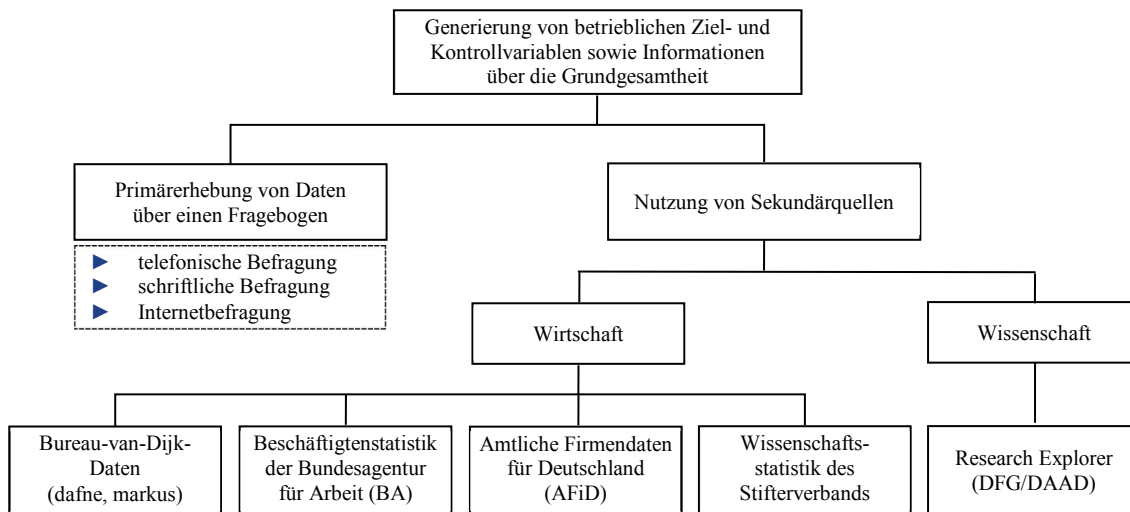
Zur Analyse der Wirkungen betrieblicher Innovationsförderung wird am IWH-CEP die IWH-FuE-Mikrodatenbank aufgebaut (FuE = Forschung und Entwicklung). Die Datenbank umfasst zurzeit acht Datensätze verschiedener Programme der direkten FuE-Projektförderung des Bundes, der Länder und der Europäischen Union (EU). Da die Datensätze durch unterschiedliche Institutionen bereitgestellt werden, sind weder die Variablennamen und -formate noch die Namen der Akteure eindeutig erfasst. Am IWH-CEP werden die verschiedenen Förderdatensätze zusammgeführt und unter Anwendung aufwendiger Record-Linkage-Prozeduren harmonisiert.

Moderne Evaluationsverfahren erfordern für die Wirkungsanalyse auf Mikroebene umfangreiche einzelwirtschaftliche Informationen zu betroffenen (Behandlungsgruppe) und nicht betroffenen (Kontrollgruppe) Akteuren. Für die Evaluierung eines Förderprogramms sind Angaben erforderlich über die geförderte Wirtschaftseinheit (vor allem Name, Region und Branche, Größe), über die Förderung (Volumen und Zeitpunkt der Förderung, rechtliche Regelungen) sowie über ökonomische Zielgrößen (z. B. Beschäftigung, Löhne/Gehälter oder Umsatz).

Die genannten Informationen sind den administrativen Daten zu Förderprogrammen häufig nicht zu entnehmen, sodass zusätzliche Betriebsdaten erhoben werden müssen. Da die Primärerhebung solcher Daten

⁵ Vgl. bspw. Günther, J.; Michelsen, C.; Peglow, F.; Titze, M.; Fritsch, M.; Noseleit, F.; Schröter, A.: Evaluierung der FuE-Projektförderung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit – Endbericht. IWH-Sonderheft 3/2008. Halle (Saale) 2008.

Abbildung 2:
Übersicht über geeignete Datenquellen



IWH

Quelle: Darstellung des IWH.

über einen Fragebogen einen hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand verursacht, werden am IWH-CEP Informationen aus mehreren sekundären Datenquellen zusammengeführt, um die für Wirkungsanalysen nötigen betrieblichen Zusatzinformationen zu gewinnen (vgl. Abbildung 2).⁶

Pilotstudie zu den Wirkungen der Investitionsförderung

Das IWH-CEP koordiniert zurzeit eine Pilotstudie zur Evaluierung der Investitionsförderung. Gegenstand der Studie sind Investitionszuschüsse, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ausgereicht werden. Deutschlandweit betrug die Höhe der GRW-Zuschüsse im Jahr 2014 1,2 Mrd. Euro.⁷

Mit den Mitteln der GRW werden gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen unterstützt. Im gewerblichen Bereich sind Betriebe förderfähig, die überregionale Absätze tätigen. Die geförderten Infrastrukturinvestitionen ergänzen die gewerblichen Investitionen und umfassen

Gewerbe- und Industriegebiete, unternehmensbezogene Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen sowie Fremdenverkehrsinfrastrukturen.

Die GRW soll helfen, dauerhafte und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, um strukturschwachen Regionen die Chance zu geben, Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu halten und nicht dauerhaft zurückzufallen.⁸

Evaluationsdesigns für die betriebliche und die regionale Analyseebene

Die Pilotstudie bezieht sich auf die GRW-Bewilligungen in Sachsen-Anhalt in der Periode von 2007 bis 2013. Die Analysen werden auf Basis einer Verknüpfung der GRW-Daten mit der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt (vgl. Abbildung 2).⁹ Der Forschungsansatz beruht auf

⁶ Für eine detaillierte Beschreibung vgl. *Titze et al.*, a. a. O.

⁷ *Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Bewilligte GRW-Mittel nach Jahren. Zeitraum 1991 bis 2014.* Eschborn 2015.

⁸ Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 10. Juni 2015.

⁹ Die gleiche Datenbasis wurde von *Bade, F.-J.; Alm, B.: Evaluierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle für den Förderzeitraum 1999-2008 und Schaffung eines Systems für ein gleitendes Monitoring.* Dortmund 2010, verwendet – allerdings in einem anderen Forschungsdesign (Differenzen-von-Differenzen-Ansatz in Kombination mit einem Matching-Ansatz).

einem Regressions-Diskontinuitäts-Design. Diese Methode nutzt eine Sprungstelle in der Förderintensität aus. Nach Betriebsgrößen gestaffelt erhalten kleine Unternehmen höhere Fördersätze als mittlere und große Unternehmen. Die Betriebsgrößenklasse orientiert sich an der Mitarbeiterzahl. Die Schwelle von kleinen zu mittleren Unternehmen liegt bei 50 Mitarbeitern, die von mittleren zu großen bei 250 Mitarbeitern.¹⁰ Die Idee besteht darin, dass sich vor der Intervention Unternehmen mit 49 Mitarbeitern nicht signifikant von denen mit 51 und solche von 249 nicht von denen mit 251 Mitarbeitern unterscheiden dürften. Der Unterschied in der Zielvariablen – in diesem Fall dem Beschäftigtenwachstum – lässt sich dann einzig auf den Unterschied in der Förderintensität zurückführen. Ist kein Unterschied zu beobachten, hat das Unternehmen mit dem höheren Fördersatz die Differenz lediglich „mitgenommen“.

Eine bloße Evaluation der Effekte auf Betriebs-ebene greift allerdings zu kurz. Da es sich bei der GRW um ein Instrument der Regionalpolitik handelt, sind Wirkungen auf der regionalen Ebene von besonderem Interesse. Ein zweites Teilprojekt innerhalb dieser Pilotstudie analysiert daher die regionalen Wirkungen für die Periode von 2007 bis 2013. Zur Anwendung kommt die gleiche Identifikationsstrategie – ausgenutzt wird diesmal der Fördergebietsstatus von Regionen. Dieser wird auf der Basis eines zusammengesetzten Indikators (Score) bestimmt.¹¹ Die Regionen werden nun beginnend mit dem niedrigsten Score der Reihe nach sortiert. Die EU hat den Anteil der Bevölkerung, der in Fördergebieten lebt, auf 42% (gemessen an der Bevölkerung in den EU-25-Mitgliedsländern) begrenzt.¹² In Deutschland

liegt die Förderschwelle in der untersuchten Periode bei einem Score von 100,02. Regionen mit einem niedrigeren Score sind förderfähig, Regionen mit einem höheren Score sind nicht förderfähig. Die Identifikation des kausalen Effekts der Förderung beruht auf der Idee, dass sich Regionen mit einem Score knapp über oder unter der Förderschwelle nicht systematisch unterscheiden. Unterschiede in der Ergebnisvariable können dann einzig auf die Förderung zurückgeführt werden. Gegenüber der Analyse auf betrieblicher Ebene bietet die Untersuchung auf regionaler Ebene den Vorteil, dass nicht nur die Entwicklung der Beschäftigung als Zielvariable zur Verfügung steht, sondern auch Größen wie die Bruttowertschöpfung und die Produktivität.

Fazit

In Deutschland gibt es einen hohen Bedarf an der Analyse wirtschaftspolitischer Eingriffe. Die Forschung steht vor der Herausforderung, entsprechende Daten und Kenntnisse der Förderprozesse für solche Analysen vorzuhalten. Dies wird nicht ohne eine enge Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Administration gelingen.

Am IWH wurde mit dem Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP) eine Einrichtung etabliert, in der systematisch die Voraussetzungen – vor allem in der Erschließung administrativer Daten – für die Anfertigung solcher Studien geschaffen werden. Eine weitere Kernaufgabe dieser Einrichtung ist der Transfer von Ergebnissen in die Öffentlichkeit.

Erste Erfahrungen aus einem Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt verdeutlichen am Beispiel der Investitionsförderung, wie sich mit Hilfe geeigneter Evaluationsdesigns kausale Effekte auf betrieblicher und regionaler Ebene identifizieren lassen. Das große Ziel bleibt allerdings, nicht nur Aussagen über die Wirkungen, sondern auch über die Effizienz der Förderung zu treffen. Letztlich ist die Frage zu beantworten, ob ein Euro in der Investitionsförderung oder in anderen Politikfeldern zu besseren Ergebnissen führt.

¹⁰ Neben dem Beschäftigungskriterium gilt für die Gruppe der mittleren Unternehmen zudem ein maximaler Jahresumsatz von 50 Mio. Euro oder eine Jahresbilanzsumme von 43 Mio. Euro, für die Gruppe der kleinen Unternehmen ein Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanz von zehn Mio. Euro. Vgl. *Amtsblatt der Europäischen Union: L 124/36 vom 20.5.2003: Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen.*

¹¹ In die Berechnung dieses Indikators fließen die Arbeitslosenquote, der Bruttojahreslohn je Beschäftigten, die Erwerbstätigenprognose sowie ein Infrastrukturindikator ein.

¹² Leitlinien der EU-Kommission für nationale regionale Beihilfen. *Amtsblatt der EU 2006/C54/08.*

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben*

Die Weltproduktion dürfte im Herbst 2015 wie schon in der ersten Jahreshälfte nur in mäßigem Tempo expandieren. Die im Frühjahr erwartete Beschleunigung ist also ausgeblieben. Akzentuiert haben sich die bereits seit 2014 beobachteten Unterschiede zwischen den Regionen. In den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Konjunktur recht robust. In einer Reihe von Schwellenländern hat sich die Wirtschaftslage hingegen nochmals verschlechtert. Insbesondere häufen sich Anzeichen einer Verschärfung der Probleme in China.

Tabelle:

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2014	2015	2016
reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	1,8	1,8
Erwerbstätige ¹ (1 000 Personen)	42 703	42 940	43 195
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 898	2 800	2 876
Arbeitslosenquote ² (in %)	6,7	6,4	6,5
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,9	0,3	1,1
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	1,6	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵			
in Mrd. Euro	8,9	23	13
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,8	0,4
Leistungsbilanzsaldo			
in Mrd. Euro	215,4	256	260
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,4	8,5	8,3

¹ Im Inland. – ² Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ³ Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2015 und 2016: Prognose der Institute.

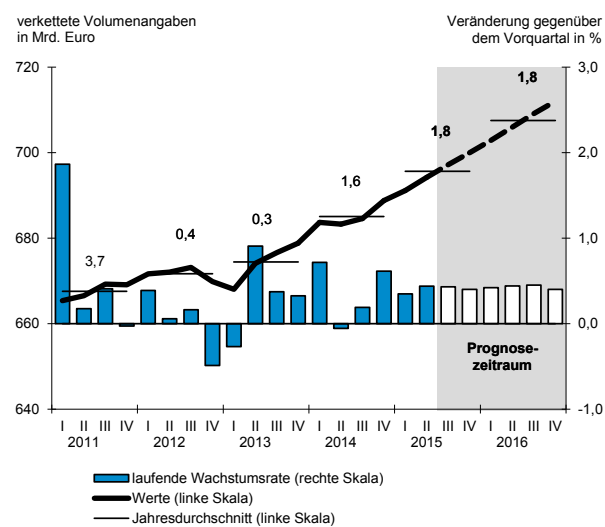
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,8% steigen. Getragen wird die Expansion vom privaten Konsum. Die Investitionen beleben sich allmählich. Die Exporte dürften angesichts der mäßigen

Expansion der Weltwirtschaft nur leicht ausgeweitet werden, zumal die belebende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Die Beschäftigung wird wieder rascher ausgeweitet. Allerdings dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht steigen, weil die derzeit große Zahl von Asylsuchenden nach und nach am Arbeitsmarkt ankommt. Für die öffentlichen Haushalte in Deutschland zeichnet sich für das kommende Jahr ein Überschuss von rund 13 Mrd. Euro ab. Dieser dürfte damit deutlich geringer sein als der für 2015 erwartete Überschuss in Höhe von 23 Mrd. Euro – nicht zuletzt aufgrund zusätzlicher Ausgaben für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration.

Abbildung:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala). – ^b Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2015: Prognose der Institute.

* Abgeschlossen in Essen am 6. Oktober 2015. Hier wird eine Kurzfassung wiedergegeben. Für die Langfassung vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben*. Essen 2015.

IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (5), 2015, S. 89

Passungsprobleme am Arbeitsmarkt: Zwischen Fachkräftemangel und unterwertiger Beschäftigung – Bericht vom 12. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik

Bernhard Christoph, Nancy Kracke, Ute Leber und Birgit Schultz*

Beim zwölften gemeinsamen Workshop des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) trafen sich am 12. und 13. Oktober 2015 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um über die fehlende Passung zwischen Arbeitsplatzanforderungen und verfügbaren Qualifikationen der Arbeitnehmer zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch *Steffen Müller* (IWH) sowie *Ulrich Walwei* (IAB) gab *Rolf van der Velden* (Universität Maastricht) in seiner Keynote „Skill, Skill Use and Wages: A New Theoretical Perspective“ einen Überblick zu unterschiedlichen theoretischen Zugängen sowie Methoden, die Passung von vorhandenen und am Arbeitsplatz geforderten Fähigkeiten zu messen und zu operationalisieren.



Prof. Rolf van der Velden von der Universität Maastricht (Niederlande) hielt den Keynote-Vortrag.

Foto: IWH.

In den nachfolgenden Beiträgen wurden die Themen Fachkräftemangel und unterwertige Beschäftigung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Zunächst wurde die spezifische Situation des Arbeitsmarktes in Südkorea geschildert, bevor das Thema Fachkräftemangel aus betrieblicher Perspektive diskutiert wurde.

Dabei wurde auf Strategien zur Fachkräftesicherung ebenso eingegangen wie auf Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen. Den Schluss des ersten Veranstaltungstags bildete eine Podiumsdiskussion mit *Ulrich Walwei* (IAB), *Robert Helmrich* (Bundesinstitut für Berufsbildung), *Monika Jungbauer-Gans* (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung) sowie *Michael Zibrowius* (Institut der deutschen Wirtschaft Köln), die von *Ralf Geißler*, Wirtschaftsredakteur beim MDR, moderiert wurde. Themen der Diskussion waren u. a. Möglichkeiten und Grenzen von Projektionen und Potenziale einzelner Personengruppen am Arbeitsmarkt.

Im weiteren Verlauf des Workshops wurden verschiedene soziale Faktoren diskutiert, die bei der Entstehung unterwertiger Beschäftigung eine Rolle spielen: So sind z. B. Personen mit Migrationshintergrund sowie Frauen deutlich häufiger in unterwertigen Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen, wobei letzteres im Bereich der beruflichen Ausbildung auch mit den unterschiedlichen Berufsfeldern von Männern und Frauen zu tun haben dürfte.

Danach wurden die Ergebnisse von Prognosen zur Entwicklung des zukünftigen Qualifikationsbedarfs dargestellt, wobei auch über zu erwartende regionale Unterschiede berichtet wurde. Bei der anschließenden Diskussion um eine qualifikationsadäquate Beschäftigung von Flüchtlingen standen hingegen insbesondere rechtliche Probleme im Vordergrund.

Zum Abschluss ließen die Rapporteurs *Jörg Lau* (Agentur für Arbeit, Halle) sowie *Matthias Knuth* (Universität Duisburg-Essen) die angeregte Diskussion der beiden Workshoptage nochmals Revue passieren.¹

* Die drei Erstgenannten sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

¹ Informationsmaterial und einige der vorgestellten Präsentationen können unter https://de.amiando.com/arbeitsmarkt_workshop_2015.html eingesehen werden.

1st IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial Stability

Annika Bacher, Lena Tonzer

Am 27. und 28. August 2015 fand in den Räumen des IWH in Halle (Saale) zum ersten Mal ein gemeinschaftlicher Workshop der Abteilung Finanzmärkte des IWH sowie des „FIRE“ Research Centers der Frankfurt School of Finance & Management statt.

Im Rahmen des Workshops tauschten sich internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer über aktuelle Forschungspapiere rund um das Thema „Challenges to Financial Stability“ aus. Im Wesentlichen diente der Workshop als Plattform, um Änderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen des Finanzsektors und die daraus resultierenden Einflüsse auf die Finanzstabilität bzw. die Konsequenzen für die Realwirtschaft zu diskutieren.

Ein besonderer Fokus lag dabei auf sechs Themengebieten, zu denen jeweils zwei Papiere vorgestellt wurden. Dies waren am ersten Tag *Regulatorische Aufsicht*, *Systemische Risiken* und *Liquidität*. Am zweiten Tag folgten dann Vorträge zu *Kapitalbewegung*, *Internationales Bankensystem* und *Monetäre Transmissionsmechanismen*. Nach jeder Präsentation wurde die Forschungsarbeit von einem Korreferat zusammengefasst und kritisch bewertet. Anschließend hatten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zu stellen und das Papier im Plenum zu diskutieren.¹



Prof. Claudia M. Buch während ihres Keynote-Speeches.

Foto: IWH.

Als Keynote Speaker waren *Prof. Dr. Claudia M. Buch* von der Deutschen Bundesbank und *Prof.*

Elena Carletti, Ph.D. von der Bocconi-Universität Mailand nach Halle (Saale) gereist. Claudia Buch ging in ihrem Vortrag besonders auf die Unterschiede zwischen „Financial Risk Taking“ und „Economic Risk Taking“ ein. Sie zeigte dabei die Wichtigkeit von Finanzmarktstabilität für die Realwirtschaft auf und leitete daraus Implikationen für die Arbeit der Finanzaufsicht ab. In diesem Zusammenhang gab sie einen Überblick über verschiedene makroprudenzielle Instrumente, wie höhere Kapitalanforderungen an systemisch relevante Banken, die zur Sicherung der Finanzmarktstabilität eingesetzt werden können.

Elena Carletti adressierte Anreizprobleme in Bezug auf die Überwachung von Banken durch nationale Institutionen, wenn Entscheidungsprozesse auf eine höhergeordnete, supranationale Ebene verlagert werden. Dabei erklärte sie ein von ihr entwickeltes theoretisches Modell, das die Auswirkungen einer zentralen Bankenregulierung, wie sie momentan zum Beispiel von der Europäischen Zentralbank übernommen wird, auf die dezentrale, nationale Aufsichtsbehörde nachbildet.

Als Vortragende konnten sowohl Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Organisationen wie der Europäischen Zentralbank, der Banque de France, der Bank of Canada, der Sveriges Riksbank oder des Federal Reserve Boards in Washington, D.C., als auch Professoren von Universitäten weltweit gewonnen werden. So stellten unter anderem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Frankfurt School of Finance & Management, der Universität Groningen, der Cass Business School in London, der Goethe-Universität Frankfurt am Main oder der Indiana University in den USA ihre Arbeiten in Halle (Saale) vor.

Darüber hinaus beteiligten sich viele weitere internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Workshop. Dies ermöglichte einen akademischen Austausch, der von hoher wissenschaftlicher Qualität und Vielfalt geprägt war und einmal mehr den Wissenschaftsstandort Halle (Saale) stärkte.

¹ Das Programm zum Workshop ist auf der IWH-Website verfügbar unter www.iwh-halle.de/d/start/News/workshops/2015/20150827/Programm_IWH_FIN_FIRE_2015.pdf.

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2015: Geschäftsklima unverändert gut

Brigitte Loose

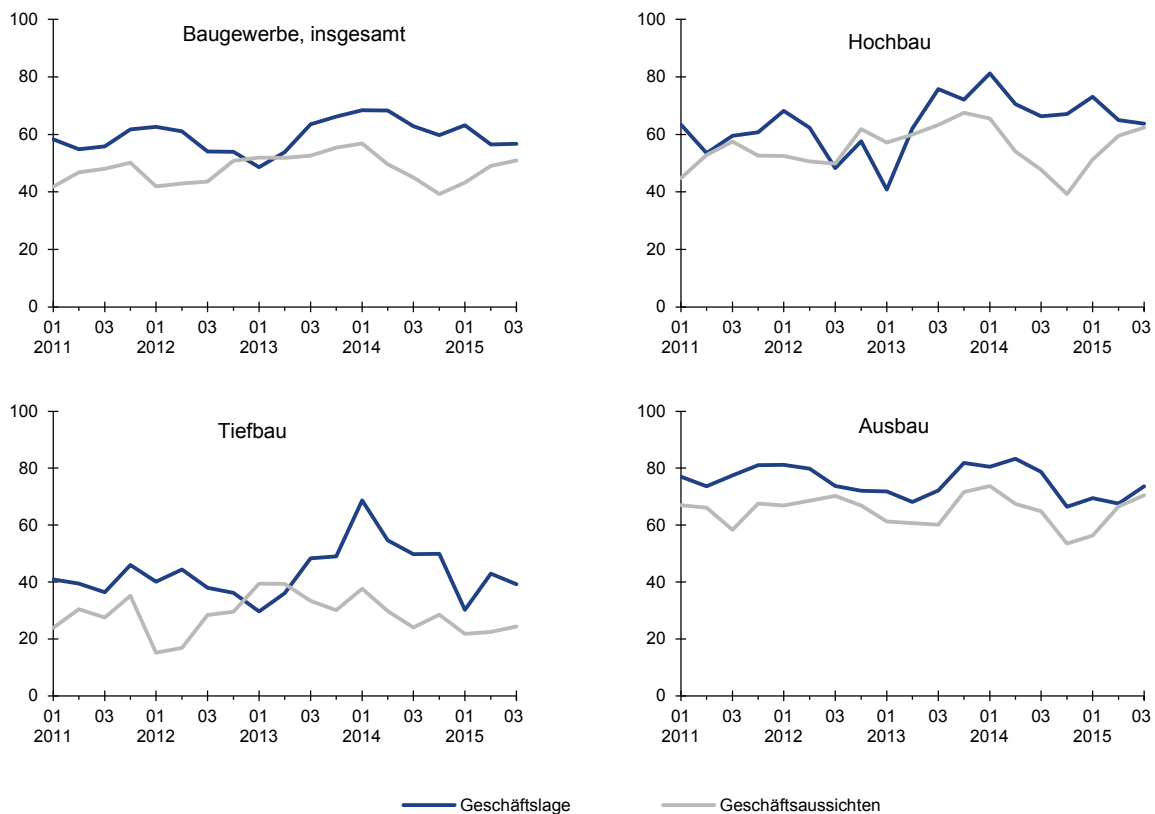
Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe ist laut Umfrage des IWH im Sommer alles in allem freundlich geblieben. Die Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage ähnlich gut wie im Quartal zuvor. Hinsichtlich der Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr sind sie sogar etwas optimistischer als noch im Frühjahr (vgl. Abbildung 1) – die saldierten Urteile der Unternehmen steigen um zwei Punkte (vgl. Tabelle). Die Ausstattung mit Liquidität wird

etwas günstiger bewertet; hinsichtlich der zu erwartenden Produktion äußerten sich die Unternehmen aber etwas verhaltener als zuvor, und die im Frühjahr gestiegenen Ertragserwartungen fallen zurück auf Vorjahresniveau. Dahinter stehen stark divergierende Stimmungslagen in den Sparten. Während sich das Ausbaugewerbe weiterhin deutlich im Aufwind sieht, bleiben das Bauhauptgewerbe und hier insbesondere die Tiefbauunternehmen eher vorsichtig optimistisch.

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Das Konjunkturbild im *Hochbau* gleicht weitgehend dem im Vorquartal. Die aktuellen Baugeschäfte werden nur geringfügig schlechter, die Aussichten dafür etwas günstiger bewertet. Die Auftragslage hat sich zwar nicht weiter verbessert, dennoch erwarten mehr Unternehmen eine steigende Produktion; offensichtlich verfügt der Hochbaubereich über ausreichend hohe Auftragsbestände. Die außerordentlich günstige Liquiditäts- und Ertragslage aus dem Frühjahr wird allerdings nicht wieder erreicht (vgl. Abbildung 2).

Im *Tiefbau* laufen die aktuellen Baugeschäfte ebenfalls etwas schlechter, während sich die Aussichten leicht aufhellen. Hier hat sich die Auftragslage weiter leicht verbessert, hinsichtlich der Produktion im nächsten Halbjahr bleiben die Erwartungen

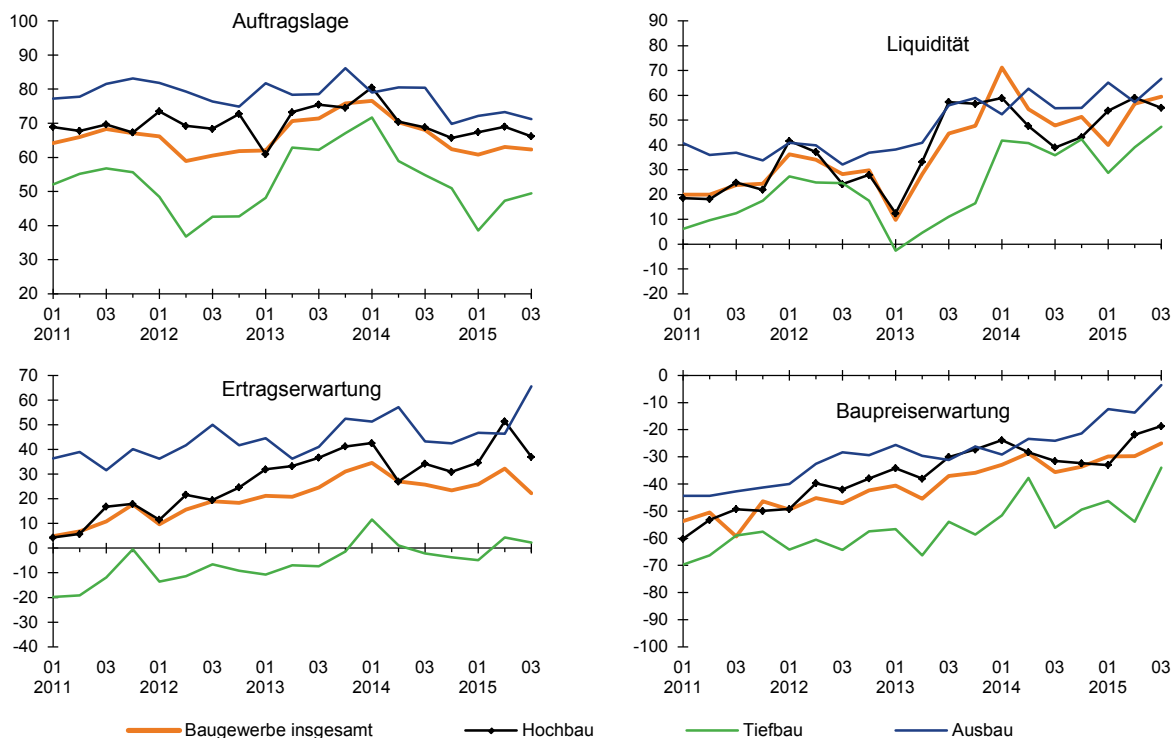
aber wohl angesichts eines geringeren Umfangs an Aufträgen im Bestand eher verhalten. Das gilt auch für die zu erwartenden Erträge.

Die konjunkturelle Erholung im *Ausbau* setzte sich dagegen unvermindert fort. Hier besserten sich nicht nur die aktuelle Lage und die Aussichten, die erreichten Saldenniveaus deuten zudem auf einen vergleichsweise hohen Anteil optimistischer Unternehmen hin. Im Spartenvergleich hebt sich der Ausbaubereich sowohl bei der Auftragslage – auch wenn hier eine leichte Korrektur nach unten erfolgte – als auch bei der Liquiditäts- und Ertragslage sowie bei den zu erzielenden Baupreisen positiv ab.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Abbildung 2:
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen BaugewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15
Baugewerbe									
Lage	64	66	68	68	63	60	63	57	57
Aussichten	53	55	57	50	45	39	43	49	51
Produktion	54	60	69	61	60	57	57	50	49
Auftragslage	71	76	77	70	68	62	61	63	62
Liquidität	45	48	71	54	48	51	40	57	59
Baupreise	-41	-37	-32	-34	-30	-32	-29	-24	-28
Produktionserwartungen	49	52	58	48	43	43	37	45	41
Ertragserwartungen	25	31	35	27	26	23	26	32	22
Baupreiserwartungen	-37	-36	-33	-29	-36	-34	-30	-30	-25
Hochbau									
Lage	76	72	81	71	66	67	73	65	64
Aussichten	63	68	66	54	48	39	51	60	62
Produktion	69	70	84	64	62	60	64	63	60
Auftragslage	75	75	80	70	69	66	67	69	66
Liquidität	57	57	59	48	39	43	54	59	55
Baupreise	-34	-24	-24	-29	-21	-27	-17	-11	-8
Produktionserwartungen	59	53	61	50	43	51	44	53	58
Ertragserwartungen	37	41	43	27	34	31	35	51	37
Baupreiserwartungen	-30	-27	-24	-28	-32	-32	-33	-22	-19
Tiefbau									
Lage	48	49	69	55	50	50	30	43	39
Aussichten	33	30	38	30	24	29	22	22	24
Produktion	29	36	48	48	43	42	34	20	29
Auftragslage	62	67	72	59	55	51	39	47	49
Liquidität	11	17	42	41	36	42	29	39	47
Baupreise	-63	-65	-57	-53	-54	-49	-53	-49	-46
Produktionserwartungen	29	35	46	31	26	23	14	27	23
Ertragserwartungen	-7	-1	12	1	-2	-4	-5	4	2
Baupreiserwartungen	-54	-59	-52	-38	-56	-49	-46	-54	-34
Ausbau									
Lage	72	82	80	83	79	66	70	68	74
Aussichten	60	72	74	67	65	53	56	67	70
Produktion	65	75	76	69	75	68	70	69	66
Auftragslage	78	86	79	80	80	70	72	73	71
Liquidität	56	59	52	63	55	55	65	57	67
Baupreise	-28	-27	-18	-20	-20	-20	-18	-9	-12
Produktionserwartungen	58	68	70	68	61	56	56	59	73
Ertragserwartungen	41	53	51	57	43	42	47	46	66
Baupreiserwartungen	-31	-26	-29	-23	-24	-21	-12	-14	-4

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2015: Stimmung hat sich aufgehellt

Cornelia Lang

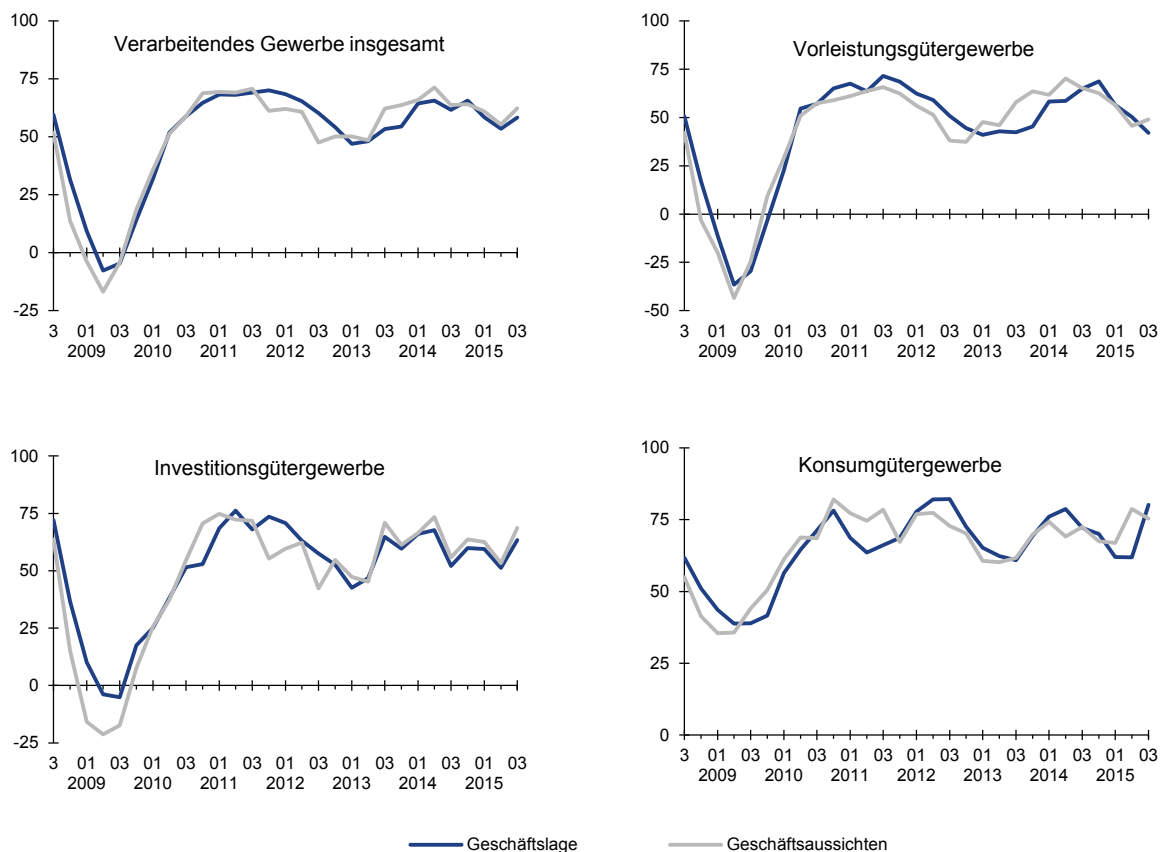
Im Sommer hat die Geschäftstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands Fahrt aufgenommen. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen. Gegenüber dem Vorquartal wird die aktuelle Geschäftslage im Saldo fünf Punkte positiver bewertet. Die saldierten Urteile über die Aussichten für die nächsten sechs Monate stiegen um sieben Punkte (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Beide Komponenten des Geschäftsklimas liegen damit knapp

unter den Vorjahreswerten. Eine gegenüber der vorherigen Umfrage deutlich besser bewertete Auftragslage und um neun Saldenpunkte gestiegene Produktions-erwartungen untermauern die positive konjunkturelle Botschaft im dritten Quartal (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Die Abgasaffäre des VW-Konzerns wurde allerdings erst nach Abschluss dieser Umfrage öffentlich.

Die seit Jahresbeginn schwächelnde Konjunktur im Vorleistungsgütergewerbe setzte sich indessen fort.

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Zum dritten Mal in Folge hat sich die Lagebewertung verschlechtert. Die Zufriedenheit mit der Auftragslage ist erneut rückläufig. Die Aussichten haben sich jedoch leicht und die Erwartungen an die Produktion stark aufgehellt.

Ganz anders präsentieren sich die Hersteller von Investitionsgütern. Die Hoffnungen der vergangenen Monate auf eine wieder anziehende Investitionstätigkeit haben sich wohl erfüllt. Die aktuelle Lage wird per saldo zwölf Punkte besser als im Vorquartal beurteilt, bei den Aussichten bis zum Jahresende sind es sogar 16 Punkte. Auch die Zufriedenheit mit der Auftragslage und die Erwartungen an die künftige Produktion sind kräftig gestiegen. Ob diese konjunkturelle Aufwärtsbewegung gestört wird, weil die Krise bei

VW ostdeutsche Standorte und die Zulieferindustrie tangiert, werden die nächsten Wochen zeigen.

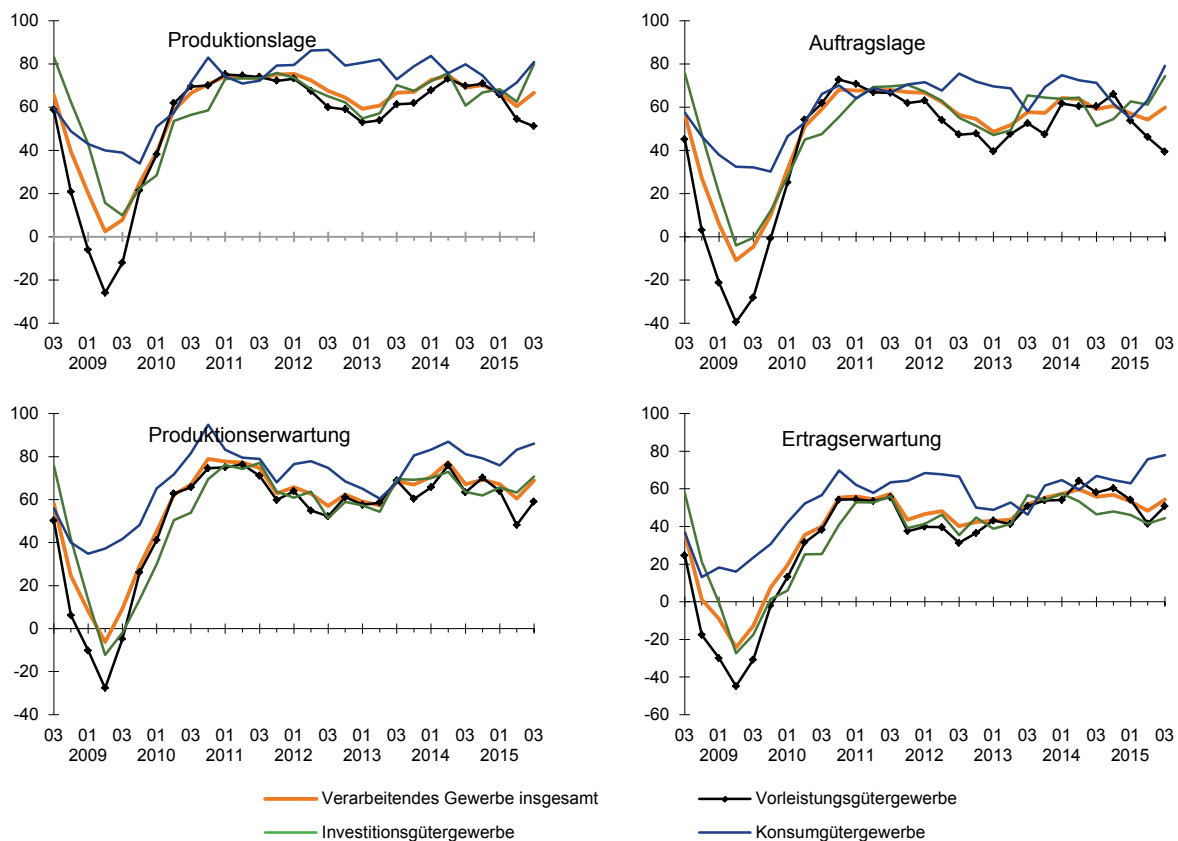
Als starker Treiber der ostdeutschen Industriekonjunktur im dritten Quartal zeigt sich das Konsumgütergewerbe. Die sehr positiven Erwartungen, die die Unternehmen im zweiten Quartal geäußert hatten, haben ihren Niederschlag in einer um 18 Saldenpunkte verbesserten aktuellen Geschäftslage gefunden. Mit der gegenwärtigen Produktion, der Auftragslage und den Produktionserwartungen zeigt sich die Sparte hochzufrieden (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Ein Grund dafür dürfte die starke Orientierung der Unternehmen auf regionale Märkte sein. Diese tragen maßgeblich zur Versorgung der großen Zahl von Flüchtlingen bei.

Cornelia.Lang@iwh-halle.de

Abbildung 2:

Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden GewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	53	54	64	66	62	66	58	53	58
Aussichten	62	64	66	71	64	64	61	55	62
Produktion	67	67	73	75	69	70	67	60	67
Auftragslage	58	57	64	64	59	61	57	54	60
Liquidität	57	60	60	57	60	56	64	63	61
Produktionserwartungen	69	67	71	77	67	69	67	60	69
Ertragserwartungen	52	55	57	60	56	57	53	48	54
Vorleistungsgütergewerbe									
Lage	42	45	58	59	65	69	56	50	42
Aussichten	58	63	62	70	65	63	56	46	49
Produktion	61	62	68	73	70	71	66	54	51
Auftragslage	52	47	62	60	60	66	54	46	39
Liquidität	57	58	59	53	57	53	60	62	56
Produktionserwartungen	69	60	66	76	63	70	64	48	59
Ertragserwartungen	51	54	54	64	58	60	54	41	51
Investitionsgütergewerbe									
Lage	65	60	66	68	52	60	60	51	63
Aussichten	71	61	66	73	56	64	63	53	69
Produktion	70	67	72	76	61	67	68	62	80
Auftragslage	65	64	64	64	51	54	63	61	74
Liquidität	58	65	66	60	59	51	57	55	54
Produktionserwartungen	70	69	70	73	64	62	66	63	71
Ertragserwartungen	57	54	58	53	47	48	46	41	44
Konsumgütergewerbe									
Lage	61	69	76	79	72	70	62	62	80
Aussichten	62	70	74	69	72	67	67	79	75
Produktion	73	79	84	76	80	75	66	71	81
Auftragslage	58	69	75	72	71	62	55	63	79
Liquidität	52	54	53	60	71	74	86	80	83
Produktionserwartungen	68	81	83	87	81	79	76	83	86
Ertragserwartungen	46	62	65	60	67	65	63	76	78

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Friend or Foe? Crowdfunding versus Credit when Banks are Stressed

Does bank instability push borrowers to use crowdfunding as a source of external finance? We identify stressed banks and link them to a unique, manually constructed sample of 157 new ventures seeking equity crowdfunding. The sample comprises projects from all German equity crowdfunding platforms since 2011, which we compare with 200 ventures that do not use crowdfunding. Crowdfunding is significantly more likely for new ventures that interact with stressed banks. Innovative funding is thus particularly relevant when conventional financiers are facing crises. But crowdfunded ventures are generally also more opaque and risky than new ventures that do not use crowdfunding.

Daniel Blaseg, Michael Koetter: Friend or Foe? Crowdfunding versus Credit when Banks are Stressed. IWH-Diskussionspapiere Nr. 8/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/8-15.pdf.

Monetary Policy under the Microscope: Intra-bank Transmission of Asset Purchase Programs of the ECB

With a unique loan portfolio maintained by a top-20 universal bank in Germany, this study tests whether unconventional monetary policy by the European Central Bank (ECB) reduced corporate borrowing costs. We decompose corporate lending rates into refinancing costs, as determined by money markets, and markups that the bank is able to charge its customers in regional markets. This decomposition reveals how banks transmit monetary policy within their organizations. To identify policy effects on loan rate components, we exploit the co-existence of eurozone-wide security purchase programs and regional fiscal policies at the district level. ECB purchase programs reduced re-financing costs significantly, even in an economy not specifically targeted for sovereign debt stress relief, but not loan rates themselves. However, asset purchases mitigated those loan price hikes due to additional credit demand stimulated by regional tax policy and enabled the bank to realize larger economic margins.

Lisa Cycon, Michael Koetter: Monetary Policy under the Microscope: Intra-bank Transmission of Asset Purchase Programs of the ECB. IWH-Diskussionspapiere Nr. 9/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/9-15.pdf.

The Impact of Risk Attitudes on Financial Investments

Several scholars analyze the relationship between individuals' willingness to take risks and financial investment decisions. We add to this literature in using data from the German Socio-Economic Panel which allow ruling out that investments in risky assets itself impact on risk attitudes. We show that individuals with a higher willingness to take risks are more likely to hold bonds, stocks, and company assets. When grouping individuals into risk groups, our results reveal that high risk takers are also less likely to own a life insurance. If endogenous adaption of risk attitudes from holding assets in previous years is not taken into account, the impact of risk attitudes on holding risky assets is upward biased.

Walter Hyll, Maike Irrek: The Impact of Risk Attitudes on Financial Investments. IWH-Diskussionspapiere Nr. 10/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/10-15.pdf.

Censored Fractional Response Model: Estimating Heterogeneous Relative Risk Aversion of European Households

This paper estimates relative risk aversion using the observed shares of risky assets and characteristics of households from the Household Finance and Consumption Survey of the European Central Bank. Given that the risky share is a fractional response variable belonging to $[0, 1]$, this paper proposes a censored fractional response estimation method using extremal quantiles to

approximate the censoring thresholds. Considering that participation in risky asset markets is costly, I estimate both the heterogeneous relative risk aversion and participation cost using a working sample that includes both risky asset holders and non-risky asset holders by treating the zero risky share as the result of heterogeneous self-censoring. Estimation results show lower participation costs and higher relative risk aversion than what was previously estimated. The estimated median relative risk aversions of eight European countries range from 4.6 to 13.6. However, the results are sensitive to households' perception of the risky asset market return and volatility.

Qizhou Xiong: Censored Fractional Response Model: Estimating Heterogeneous Relative Risk Aversion of European Households. IWH-Diskussionspapiere Nr. 11/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/11-15.pdf.

Banks and Sovereign Risk: A Granular View

We identify the determinants of all German banks' sovereign debt exposures between 2005 and 2013 and test for the implications of these exposures for bank risk. Larger, more capital market affine, and less capitalised banks hold more sovereign bonds. Around 15% of all German banks never hold sovereign bonds during the sample period. The sensitivity of sovereign bond holdings by banks to eurozone membership and inflation increased significantly since the collapse of Lehman Brothers. Since the outbreak of the sovereign debt crisis, banks prefer sovereigns with lower debt ratios and lower bond yields. Finally, we find that riskiness of government bond holdings affects bank risk only since 2010. This confirms the existence of a nexus between government debt and bank risk.

Claudia M. Buch, Michael Koetter, Jana Ohls: Banks and Sovereign Risk: A Granular View. IWH-Diskussionspapiere Nr. 12/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/12-15.pdf.

Bank Risk Proxies and the Crisis of 2007/09: A Comparison

Motivated by the variety of bank risk proxies, our analysis reveals that nonperforming assets are a well-suited complement to the Z-score in studies of bank risk.

Felix Noth, Lena Tonzer: Bank Risk Proxies and the Crisis of 2007/09: A Comparison. IWH-Diskussionspapiere Nr. 13/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/13-15.pdf.

The Dynamic Effects of Works Councils on Labor Productivity: First Evidence from Panel Data

We estimate dynamic effects of works councils on labor productivity using newly available information from West German establishment panel data. Conditioning on plant fixed effects and control variables, we find negative productivity effects during the first five years after council introduction, but a steady and substantial increase in the councils' productivity effect thereafter. Given the frequently reported positive correlation between council existence and plant productivity, this finding supports causal interpretations.

Steffen Müller, Jens Stegmaier: The Dynamic Effects of Works Councils on Labor Productivity: First Evidence from Panel Data. IWH-Diskussionspapiere Nr. 14/2015, www.iwh-halle.de/d/publik/disc/14-15.pdf.

Veranstaltungen:

26. und 27. November 2015 in Halle (Saale): 6th Halle Colloquy on Local Public Economics: “Municipal Budgets and the Process of Local Public Decision-making”

The aim of this workshop is to bring together original economic and interdisciplinary papers that cast some light on new developments in theoretical and empirical research from all fields of local public economics and local public finance. The workshop should also give PhD students and PostDocs an opportunity of presenting and discussing their research results.

Keynote Speaker:

Marko Köthenbürger (ETH Zurich)

Christoph A. Schaltegger (University of Lucerne)

7. und 8. Dezember 2015 in Halle (Saale): 16th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: Challenges for Forecasting – Structural Breaks, Revisions and Measurement Errors

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. We invite applied and theoretical papers dealing with time series and business cycles, international macroeconometrics and finance. Papers that explicitly cover aspects of structural breaks in forecast analyses, realtime data, revisions and error measurement are particularly welcome.

Keynote Speakers:

Nigel Pain (OECD)

Simon Price (Bank of England)

Tara M. Sinclair (The George Washington University)

Durchgeführte Veranstaltungen:

17. und 18. September 2015: 5th IWH/INFER Workshop on Applied Economics and Economic Policy: Trade and Capital Liberalizations – Boost for Growth or Bane of Spillover?

Der 5. IWH/INFER-Workshop mit dem Titel ”Trade and Capital Liberalizations – Boost for Growth or Bane of Spillover?“ (Liberalisierungen von Handel und Kapital – Schub für Wachstum oder Fluch von Übertragungseffekten?), organisiert vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und dem International Network for Economic Research (INFER), fand am 17. und 18. September 2015 statt. Mit Arnoud Boot (University of Amsterdam) und Jeromin Zettelmeyer (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin) konnten zwei renommierte Keynote Speaker gewonnen werden. Beide diskutierten die Themen des Workshops kontrovers und gingen deutlich über rein wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen hinaus. Jeromin Zettelmeyer fokussierte sich auf eine tiefgehende Analyse der wirtschaftlichen und politischen Implikationen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP. Arnoud Boot beschäftigte sich grundsätzlich mit der Nachhaltigkeit des aktuellen Finanzsystems. Zahlreiche internationale Wissenschaftler präsentierten ihre aktuellen Forschungsergebnisse, vor allem zu den Wirkungen von internationalem Handel und Kapitalflüssen sowie zu Bankenrisiken.

Keynote Speaker:

Arnoud Boot (University of Amsterdam)

Jeromin Zettelmeyer (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin)

12. und 13. Oktober 2015: 12. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: Passungsprobleme am Arbeitsmarkt – Zwischen Fachkräftemangel und unterwertiger Beschäftigung

Der nunmehr 12. gemeinsam von IAB und IWH organisierte Workshop zur Arbeitsmarktpolitik widmete sich in diesem Jahr dem Thema “Passungsprobleme am Arbeitsmarkt – Zwischen Fachkräftemangel und unterwertiger Beschäftigung“. Hierbei ging es zum einen um Passungsprobleme aus Arbeitnehmersicht und die Frage einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung. Andererseits wurde das Fehlen von Arbeitskräften mit geeigneten Qualifikationen für bestimmte Arbeitsplätze aus Arbeitgeber- bzw. gesamtwirtschaftlicher Perspektive betrachtet. Im Keynote-Vortrag gab Rolf van der Velden (Universität Maastricht) einen theoretischen Überblick zu beruflichen Fertigkeiten, deren Nutzung und Löhnen und illustrierte dies anhand empirischer Daten. In der Podiumsdiskussion und den fünf Sessions des Workshops wurde dies dann nochmals von den dort teilnehmenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgegriffen und vertiefend diskutiert. Zum Abschluss der Veranstaltung gaben zwei Rapporture aus Sicht der Wissenschaft und der Arbeitsverwaltung eine Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse des Workshops.

Wirtschaft im Wandel, Jg. 21 (4), 2015

Reint E. Gropp
Kommentar: Demographie und Einwanderung

Hans-Ulrich Brautzsch
Aktuelle Trends: Wanderungsverluste Ostdeutschlands gegenüber dem Westen stark rückläufig – deutliche Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland

Martin Altemeyer-Bartscher, Oliver Holtemöller,
Götz Zeddies
Drei Optionen zur Reform der Einkommensteuer

Annika Bacher, Felix Noth
Einlagensicherungssysteme erhöhen das moralische Risiko von Banken

Daniel Fackler
Firm Exit and Job Displacement – ein Workshopbericht

Brigitte Loose
IWH-Baumfrage im zweiten Quartal 2015:
Große Zuversicht in Hochbau und Ausbau

Cornelia Lang
IWH-Industrienumfrage im zweiten Quartal 2015:
Nur die Konsumgüterhersteller erwarten florierende Geschäfte

Externe Publikationen

Fackler, Daniel; Schank, T.; Schnabel, C.
Does the Plant Size-wage Differential Increase with Tenure? Affirming Evidence from German Panel Data, in: Economics Letters, Vol. 135 (2015), 9-11.

Fackler, Daniel; Schnabel, C.; Schmucker, A.
Spinoffs in Germany: Characteristics, Survival, and the Role of their Parents, in: Small Business Economics, 2015.

Förtsch, A.; Kauffmann, Albrecht; Rosenfeld, Martin T. W.
Metropolregionen als Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg? 5. "Halle Forum" des IWH und der ARL am 11./12. Dezember 2014, in: Nachrichten der ARL, Jg. 45 (2), 2015, 58-60.

Gabrisch, Hubert; Staehr, K.
Euro Plus Pact: Competitiveness and External Capital Flows in the EU Countries, in: JCMS-Journal of Common Market Studies, Vol. 53 (3), 2015, 558-576.

Gabrisch, Hubert
On the Twin Deficits Hypothesis and the Import Intensity in Transition Countries, in: International Economics and Economic Policy, Vol. 12 (2), 2015, 205-220.

Heimpold, Gerhard
Interrelationship between Industrial and Innovation Development in East Germany, in: Ekonomika i sociologija. Vserossijskij naučnyj žurnal, Vol. 2 (2015), 304-319.

Rosenfeld, Martin T. W.; Gather, M.; Stefansky, A. (Hrsg.)
Gebiets- und Verwaltungsstrukturen im Umbruch. Beiträge zur Reformdiskussion aus Erfahrungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 260. Hannover 2015.

IWH-Diskussionspapiere

Noth, Felix; Tonzer, Lena
Bank Risk Proxies and the Crisis of 2007/09: A Comparison
Nr. 13/2015, September 2015.

Buch, C. M.; Koetter, Michael; Ohls, Jana
Banks and Sovereign Risk: A Granular View
Nr. 12/2015, September 2015.

Xiong, Qizhou
Censored Fractional Response Model: Estimating Heterogeneous Relative Risk Aversion of European Households
Nr. 11/2015, August 2015.

Impressum

Herausgeber:

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.
Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Prof. Dr. Michael Koetter
Prof. Dr. Steffen Müller
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 738/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 21. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. November 2015

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (Online)